

Familienbetriebe Land und Forst NRW e.V.

Erkennen Sie die vielfältigen Leistungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in NRW für den Umwelt- und Naturschutz an? Was halten Sie von der Idee, diese Leistungen als Wirtschaftszweig zu etablieren und wie müsste eine Bepreisung ausgestaltet sein?

Umwelt- und Naturschutz sind integraler Bestandteil nachhaltiger und generationengerechter Politik. Eine intakte Umwelt, sauberes Wasser und saubere Luft sind Grundlage für ein gesundes Leben. Wir setzen uns für Lösungen ein, die möglichst effizient und wirksam sind und Ziele möglichst passgenau erreichen. Dies gelingt am besten gemeinsam mit den Menschen, nicht gegen sie. Wir begreifen den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht als Gegensatz zur Bewirtschaftung, sondern als notwendige Voraussetzung und wollen den Vertragsnaturschutz stärken. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf innovative Lösungen. Weiterhin wollen wir Betriebe der Land- und Forstwirtschaft mittels einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage dabei unterstützen, besser Vorsorge zur Selbsthilfe treffen zu können.

Wie wollen Sie vor dem Hintergrund der Vorgaben des EU Green Deal gewährleisten, dass in NRW weiterhin genügend qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und der nachwachsende Rohstoff Holz produziert werden?

Wir bekennen uns zu einer multifunktionalen Forstwirtschaft und wollen die aktive Bewirtschaftung der Wälder fördern. Nutzungsverbote, mit denen Waldflächen aus der Bewirtschaftung genommen werden sollen, wollen wir verhindern. Aktiven Arten- und Naturschutz wollen wir mit eigentumsfreundlichem Vertragsnaturschutz statt starrer Regulierung erreichen. Allein durch die Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete kann kein Artenschutz betrieben werden. Wir wollen daher die Aufwertung bestehender Naturschutzflächen. Auf den geschützten Flächen besteht noch erhebliches Potenzial für Artenschutz. Die Aufwertung von Naturschutzflächen soll der Ausweisung weiterer Naturschutzflächen vorgehen. So wollen wir unternehmerische Investitionen und Artenschutz zusammenbringen.

Wie stehen Sie zu dem Grundsatz Kooperation statt Ordnungsrecht und zu der Garantie, staatlich vorgegebene Bewirtschaftungseinschränkungen jeglicher Art marktkonform auszugleichen?

Wir befürworten den Grundsatz Kooperation statt Ordnungsrecht. Wir begreifen den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht als Gegensatz zur Bewirtschaftung, sondern als notwendige Voraussetzung und wollen den Vertragsnaturschutz stärken. Der Vertragsnaturschutz ist aus unserer Sicht das liberalste Instrument für mehr Naturschutz. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf innovative Lösungen. Das Prinzip „Schützen durch Nützen“ hat sich bewährt: Landwirtinnen und Landwirte, Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, Jägerinnen und Jäger, Imkerinnen und Imker und Anglerinnen und Angler leben und arbeiten in einer besonderen Symbiose mit der Natur. Durch die Bewirtschaftung leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaften, zum Arten- und Tierschutz, zur touristischen Nutzung und Bildung, aber auch für die Lebensmittelversorgung und -sicherheit.

Das Grundgesetz schützt das private Eigentum und weist zugleich auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Wo sehen Sie die Grenzen der Sozialpflichtigkeit bei der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung von Grund und Boden erreicht?

Privates Eigentum ist Ausgangspunkt der sozialen Marktwirtschaft. Eine intakte Eigentumsordnung ist elementare Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik, für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und damit für den gesellschaftlichen Wohlstand. Eigentum ist außerdem Voraussetzung für eine individuelle und selbstbestimmte Lebensgestaltung – und bedeutet zugleich Verantwortung. In den letzten Jahren hat der Staat jedoch immer mehr in die Rechte seiner Bürger eingegriffen – vor allem in das verfassungsrechtlich verbrieft Grundrecht auf Eigentum und sich dabei auf seine Sozialpflichtigkeit berufen. Wir sehen diese Entwicklung kritisch und lehnen eine weitere Aushöhlung der Eigentumsrechte mit Verweis auf die Sozialpflichtigkeit ab.

Wie wollen Sie die Menschen, die für ihr Waldeigentum Verantwortung tragen, bei der Herkulesaufgabe „Wiederbewaldung“ unterstützen und wie sieht für Sie der Wald der Zukunft in NRW aus? Wie beurteilen Sie die Chance von sog. fremdländischen Baumarten in Zeiten des Klimawandels?

Die letzten Jahre haben den Wäldern stark zugesetzt. Die Aufforstung und Schädlingsbekämpfung sind deshalb zentral, um heimische Wälder zu schützen und sie zukunftsfit zu machen. Wir wollen deshalb Waldbauern und Forstwirtschaft unterstützen, damit unsere Wälder sich schnell wieder erholen können. Gleichzeitig wollen wir neue Anreize schaffen für eine nachhaltige multifunktionale Waldbewirtschaftung und, wo möglich, für eine Erweiterung der Waldfläche durch Neuaufforstung. Dazu wollen wir die Land- und Forstwirtschaft in das europäische Emissionshandelssystem (ETS) aufnehmen und Anreize und Beteiligungsmöglichkeiten auch für Bürgerinnen und Bürger schaffen, etwa durch sogenannte Bürgerwälder. Durch Klimaveränderungen sowie Verschiebungen im Nutzungsspektrum kann die aktive Ansiedlung gebietsfremder Arten wie Douglasien oder Roteichen helfen, die Waldgebiete Deutschlands für die Zukunft fit zu machen. Dazu muss das Forstvermehrungsgutgesetz geändert werden.

Wie stehen Sie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien? Inwieweit soll der Wald für die Windenergie geöffnet werden. Wie stehen Sie zu PV-Anlagen auf Freiflächen, inkl. Acker, Grünland und auf Wasserflächen oder auf denkmalgeschützten Gebäuden?

Für den schrittweisen Umstieg auf Erneuerbare Energien ist entscheidend, dass kein einseitiger Fokus gesetzt wird. In der Energieversorgungsstrategie greifen wir die komplette Bandbreite auf: Wir wollen die Potenziale auch von Wasserkraft, Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, Geothermie, Wärme aus Ab- und Grubenwässern sowie Grubengas gleichermaßen nutzen und vereinfachte Rahmenbedingungen für den Ausbau und die Nutzung Erneuerbarer Energien schaffen. Zudem wollen wir innovative Konzepte fördern, wie etwa parallele Photovoltaik-Nutzung (z. B. Floating-, Agri-PV) und hierfür bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht beseitigen.

Wir sehen die ökologischen Probleme beim Bau von Windenergieanlagen in Wäldern. Aus diesem Grund muss unter der Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen vor Ort nach strengen Maßstäben geprüft werden, inwieweit Waldflächen, auch solche, die aufgrund der extremen Wetterereignisse zerstört wurden, als Standort von Windenergieanlagen in Frage kommen können.

Der Freizeit- und Erholungsdruck in der freien Natur nimmt immer weiter zu. Wir Familienbetriebe, die wir für Wald und Land Verantwortung tragen, kommen oft an unsere Grenzen. Wie stehen Sie dazu und welche Möglichkeiten einer Abhilfe sehen Sie?

Wir erkennen die zunehmende Bedeutung der Wälder als Erholungsraum für die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die wissenschaftlich belegte gesundheitsfördernde Wirkung des Waldes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Landesbetrieben fördern und setzen uns deshalb dafür ein, dass dieser Aspekt in der Nationalen Waldstrategie entsprechende Beachtung findet.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe dürfen jedoch nicht in ihrer Arbeit eingeschränkt oder behindert werden. Wir wollen Natur- und Artenschutz durch Regelungen mit Augenmaß statt starre Vorgaben erreichen. Das gilt auch für Erholung in der freien Natur. Für Erholungssuchenden gilt das Gebot der Rücksichtnahme.

Wie stehen Sie zu Modernisierung von Denkmälern, insbesondere hinsichtlich energetischer Sanierung, Erneuerbaren Energien, Brandschutz, moderner Lebensverhältnisse etc.?

Denkmäler, besonders Baudenkmäler, schaffen Identifikation, ziehen Touristen und historisch Interessierte an, bewahren Erinnerung. Die Aufgabe der Erhaltung und Nutzung nehmen Denkmaleigentümer für die Allgemeinheit wahr. Das wird, auch finanziell, immer noch zu wenig gewürdigt. Denkmaleigentümer brauchen nicht nur mehr finanzielle Unterstützung, sie benötigen auch kompetente Ansprechpartner, die in der Lage sind, schnell die notwendige Beratung und Genehmigung auf den Weg zu bringen und erklären können, wo finanzielle Unterstützung zu erhalten ist. Bauliche Veränderungen an Denkmälern wollen wir einfacher möglich machen.